

unus

BDS Magazin für **Unternehmer & Selbständige**

www.unus-online.de



Warum dem Handwerk die Zukunft offen steht.

Bund der Selbständigen –
Gewerbeverband Bayern e.V.

www.bds-bayern.de





„Für Europa fehlt die Strategie“

Es gibt in Deutschland nicht viele, die das System Europa so gut und für jeden verständlich erklären können wie der Politikwissenschaftler Professor Werner Weidenfeld. Für UNUS-Redakteur Axel Heise nahm er sich über eine Stunde Zeit zum spannenden Dialog.

Herr Professor Weidenfeld, wer die Zeitung aufschlägt, bekommt den Eindruck, dass die Skepsis der Bürger gegenüber Europa wächst. Ist dies eine Medienbeobachtung oder gibt es dafür konkrete Anhaltspunkte?

Wir haben es mit zwei Grundtendenzen zu tun. Bei der grundsätzlichen Frage: „Sagen Sie ja zur Europäischen Einigung“, haben wir weiterhin eine große Zustimmung zur EU. Fragen Sie allerdings nach Details, etwa: „Sollte die EU-Kommission verkleinert werden“, steigt die Skepsis enorm an.

Woran liegt diese Skepsis?

Meiner Meinung nach haben wir erstens ein eklatantes Erklärungs- und Deutungsproblem. 70 Prozent aller Europäer sagen: Wir verstehen es einfach nicht mehr. Zum zweiten ist die Begründung, warum die europäische Einigung notwendig ist, schwieriger geworden. Nach dem Krieg hieß es: Wir brauchen die europäische Einigung, weil wir nach zwei Weltkriegen endlich Frieden brauchen. Der Ost-West-Konflikt schweißte die Völker Westeuropas notwendigerweise zusammen. Aber: Was ist heute die elementare Begründung für Europa? Im Wesentlichen, dass viele Sachverhalte inzwischen so europäisiert oder internationalisiert sind, dass der Nationalstaat sie alleine nicht mehr lösen kann. Nur diese Zusammenarbeit versetzt uns Europäer überhaupt in

die Lage, selbstbestimmt zu bleiben. Ein einzelner Nationalstaat wie Deutschland kann auf europäischer Ebene mitbestimmen. Um sich mit Ländern wie den USA, Russland oder China machtpolitisch auseinanderzusetzen, dafür sind wir zu klein.

Wenn Sie die jetzige Krise mit der Eurosklavose vor etwa 20 Jahren vergleichen, was kann man von damals lernen?

Mitte der 1980er Jahre kamen drei Dinge zusammen: Erstens hatten wir mit Helmut Kohl und Francois Mitterand zwei politische Führungspersonen, die die europäische Einigung ansoben. Dazu kam mit Jacques Delors ein strategischer Kopf, der mit dem Binnenmarkt ein identitätsstiftendes Projekt vorantrieb. Delors entwickelte einen Zeitplan, der über sechs Jahre hinweg rund 300 Vorhaben umsetzen sollte. Damals war es strategisch ganz wichtig, dass es eine ausgeklügelte Kommunikationsstrategie gab.

Können Sie ein Beispiel für diese Kommunikationsstrategie nennen?

Es gab unzählige Einwände gegen den Binnenmarkt, weil viele Branchen Angst vor einem offenen Binnenmarkt hatten. Als Reaktion darauf hat 1988 die Kommission den so genannten Cecchini-Bericht vorgelegt.

Aus diesem konnte jede Branche herauslesen, welche Vorteile sie durch den Binnenmarkt hat. Hier liegt aus meiner Sicht der Schlüssel zur Lösung der Krise. Sie müssen erklären, was sie tun. Das nimmt schon viele Ängste.

Bei der Bewältigung der jetzigen Krise fehlen sowohl die Führungspersönlichkeiten, als auch das gemeinsame Projekt und die Kommunikationsstrategie.

Immerhin ist unter dem Druck der Krise ein Lernprozess eingetreten. Aber der große strategische, konzeptionelle Entwurf fehlt. Man bessert lediglich offensichtliche Fehler aus, beschränkt sich auf bürokratisches Klein-Klein und machttaktische Finessen. Beispiel Fiskalpakt: Der wurde in sechs Wochen verhandelt, für den Lissabon-Vertrag hat es neun Jahre gebraucht. Eine Kommunikationsstrategie, die die Dinge erklärt, suchen Sie ebenfalls vergeblich. Allerdings: Vom Timing her ist das Ad-Hoc-Krisenmanagement von Frau Merkel nahezu perfekt.

Angesichts solcher Herausforderungen stellt sich der BDS als lokal verankerter Selbständigenverband natürlich die Frage: Was sollen wir da in Brüssel gegen deutlich schlagkräftigere Lobbys eigentlich ausrichten?

Ich wäre nicht so pessimistisch. Größe kann auch zum Nachteil werden. Die Großen sind die ersten, die unpopulär werden. Wenn es Ihnen als kleinem Verband gelingt zu vermitteln, dass dieses oder jenes Gesetz nur ein, zwei großen Firmen oder „nur den Banken“ hilft, dann gerät die Politik sofort unter extremen Rechtfertigungsdruck.

Aber ist nicht die Brüsseler Bürokratie viel zu abgehoben, um auf die Belange der Kleinbetriebe zu hören? Große Apparate bringen doch immer großen Verbänden Vorteile. Das sagt jede Bürokratie-Theorie.

Hier muss ich teilweise widersprechen. Ich habe seit Jahrzehnten mit Brüssel zu tun. Ich kenne keinen Apparat, der sich so viel Mühe gibt, die Lebensverhältnisse der Menschen zu ergründen, der so sensibel auf Eingaben von außen reagiert, der so viele Expertisen von Dritten einholt – von Verbänden, den nationalen Regierungen, von den Bürgern und unabhängigen Experten. Diese Dauerskepsis sorgt dafür, dass Brüssel besonders vorsichtig agiert. Also mischen Sie sich ein!

Was schlagen Sie vor, um die aktuelle Skepsis gegenüber Europa zu überwinden?

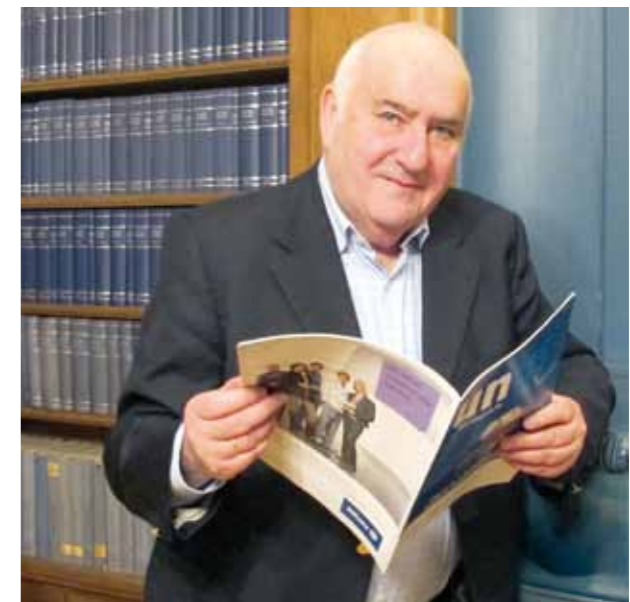
Erstens: Wir müssen klären, wofür Europa nicht zuständig ist. In diesen Bereichen reicht das Prinzip der offenen Koordinierung. Das heißt, gemeinsame Reports, damit man etwa durch Rankings erfolgreiche Politikanalysen herausfiltert und die anderen davon lernen kön-

nen. Das bringt durchaus Ergebnisse, denn niemand ist gerne auf Dauer der Letzte in der Tabelle. Zum zweiten brauchen wir mehr Klarheit und Knappheit. Der Lissabon-Vertrag hat 416 eng bedruckte Seiten, das liest niemand. Drittens müssen wir die Machtfrage klären. In Brüssel konkurrieren sechs Führungsämter miteinander: der Präsident des Europäischen Rates, der Präsident des Ministerrates, die hohe Repräsentantin für Außenpolitik und Sicherheit, der Kommissionspräsident, der Präsident des Europäischen Parlaments und der Vorsitzende im Euro-Rat. Aber wer führt? Dieses Führungschaos ist ein großes Dilemma. Es aufzulösen, wird eine der Herausforderungen sein. Die EU braucht eine klare Führungsstruktur.

Herr Professor Weidenfeld, vielen Dank für das Gespräch!

Kontakt: axel.heise@bds-bayern.de

Was Professor Weidenfeld zum Freihandelsabkommen und zum „Zentralisierungsdilemma“ in Europa sagt, lesen Sie auf www.bds-news.de.



Werner Weidenfeld ist seit 1995 Direktor des Münchner Centrums für angewandte Politikforschung (C.A.P.) und erforscht seit Jahrzehnten das politische System der EU. Weidenfeld ist kein Wissenschaftler im Elfenbeinturm. Er kennt zahlreiche Winkelzüge der praktischen Politik. Seit Jahrzehnten berät er die EU-Kommission und ist kritischer Gesprächspartner aller Bundeskanzler. Zweimal in den vergangenen 20 Jahren hat die Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) den einflussreichsten Politikberater Deutschlands gewählt. Der Sieger hieß beide Male: Werner Weidenfeld.